

Der Bundesminister des Innern
OS I 2 – 614 300 – 1 S/1

Bonn, den 26. November 1968

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

**Betr.: Internationale Studentenbrigaden – subversive Tätigkeit
in der Bundesrepublik Deutschland**

**Bezug: Kleine Anfrage der Abgeordneten Prochazka, Gieren-
stein, Dr. Hudak, Rainer, Schlager, Ziegler und Genossen
– Drucksache V/3405 –**

Namens der Bundesregierung beantworte ich die Fragen wie folgt:

1. Ist es der Bundesregierung bekannt, daß auf einer internationalen Zusammenkunft radikaler deutscher, italienischer, englischer und französischer Studenten im August dieses Jahres in Mailand die Bildung einer internationalen Studentenbrigade beschlossen wurde, die militärisch ausgebildet und ständig für Schwerpunkte und Aktionen der links-radikalen Internationale in Bereitschaft stehen soll?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über eine internationale Zusammenkunft radikaler deutscher, italienischer, englischer und französischer Studenten im August 1968 in Mailand und über die Bildung einer militanten „internationalen Studentenbrigade“ vor. Allerdings hat vom 31. August bis 5. September 1968 in Carrara ein internationales Treffen von Anarchisten stattgefunden. Außer Cohn-Bendit und einigen Begleitern haben an diesem Treffen jedoch keine Studenten teilgenommen. Cohn-Bendit wurde von den Teilnehmern gezwungen, die Tagung zu verlassen.

2. Weiß die Bundesregierung, daß
 - a) auch dazu die Anlage von Waffenlagern gehört,
 - b) als Einsatzschwerpunkte München, Frankfurt, Köln und Hamburg vorgesehen sind,
 - c) die Aktionen bereits im frühen Herbst anlaufen sollen?

Der Bundesregierung sind Versuche kleiner linksradikaler Studentengruppen bekannt, sich in Berlin, München und Saar-

brücken Handfeuerwaffen und in Berlin, Darmstadt und Hamburg Anleitungen zur Herstellung und Anwendung von Sprengmitteln zu verschaffen. Anhaltspunkte für eine internationale Steuerung dieser Pläne liegen nicht vor. Es liegen auch keine Erkenntnisse darüber vor, daß es diesem Personenkreis gelungen ist, in den Besitz von Waffen zu gelangen. Bestrebungen dieser Art werden von den Staatsschutzbehörden selbstverständlich aufmerksam beobachtet.

Die Hinweise auf Versuche linksradikaler Studentengruppen, sich in Berlin, Hamburg und München Waffen und Anleitungen zur Sprengmittelherstellung zu beschaffen, und andere Umstände könnten auf Einsatzschwerpunkte in diesen drei Städten hindeuten.

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis von einem für den frühen Herbst 1968 geplanten Beginn bewaffneter Aktionen. In Wentorf/Schleswig-Holstein ist allerdings am 28. September 1968 anlässlich einer Demonstration des SDS vor der Panzergrenadier-Kaserne ein aus Bundeswehrbeständen stammender Übungssprengkörper 12 DM geworfen worden. Dies ist bisher jedoch ein Einzelfall geblieben. Im Herbst begannen die vom SDS im September beschlossenen Aktionen gegen die Justiz, über deren Verlauf Presse und Rundfunk ausführlich berichtet haben.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Teilnahme von SDS-Mitgliedern an revolutionären Schulungskursen in Kuba?

Mitglieder des SDS haben an einem „internationalen Arbeitslager mit politischen Seminaren“ in der Provinz PINAR DEL RIO auf Kuba und an den Feierlichkeiten anlässlich des kubanischen Nationaltages (27. Juli) teilgenommen. Eine Ausbildung in revolutionären Kampfmethoden und in Guerillataktik hat – entgegen den vorher geäußerten Erwartungen mancher Teilnehmer – nicht stattgefunden. Die deutschen Teilnehmer an dem Arbeitslager kehrten Ende August 1968 aus Kuba zurück.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der sowjetzonale Freie Gewerkschaftsbund mit 100 Mio Ost ausgestattet worden ist, die für kommunistische Agitationen in der Bundesrepublik Deutschland Verwendung finden sollen, und was fordert die Bundesregierung für Vorsorge- und Abwehrmaßnahmen zu veranlassen?

Seit etwa 15 Jahren unterhält das Politbüro der SED einen weitverzweigten und aufwendigen Apparat, der politisch subversiv gegen die Bundesrepublik Deutschland tätig ist. Ziel dieser von der SED gesteuerten Tätigkeit ist es, in der Bundesrepublik die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ herzustellen und damit Voraussetzungen für eine „neue demokratische Volksbewegung“ zu schaffen, mit deren Hilfe die freiheitliche demokra-

tische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigt werden soll. Schwerpunkt dieser „Westarbeit“ sind die Versuche des sowjetzonalen FDGB und seiner 15 Fachgewerkschaften, Einfluß auf den DGB und seine Gewerkschaften zu gewinnen. Zu diesem Zweck werden u. a. jährlich zweimal in Leipzig „Arbeiterkonferenzen“ abgehalten. Im Jahre 1967 reisten etwa 30 000 Gewerkschafter aus der Bundesrepublik Deutschland auf Einladung des FDGB zu politischen Gesprächen in die SBZ.

Genaue Zahlen über die für die „Westarbeit“ vom FDGB aufgewendeten Mittel liegen der Bundesregierung nicht vor. Es kann daher nicht bestätigt werden, daß der FDGB hierfür 100 Millionen MDN einsetzt. Ein Jahresbudget für die FDGB-Westarbeit gibt es nicht. Die Gesamtaufwendungen der SBZ (einschließlich der SED) für die kommunistische Infiltrationsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland dürften nach vorsichtigen Schätzungen etwa 250 Millionen MDN jährlich betragen.

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder beobachten die Infiltrationsversuche des FDGB und anderer sowjetzonaler Organisationen. Soweit sich Verstöße gegen strafrechtliche Normen feststellen lassen, sind die Strafverfolgungsbehörden gehalten, Ermittlungsverfahren einzuleiten. Im übrigen sind die demokratischen Parteien und Gewerkschaften sowie private und öffentliche Einrichtungen der politischen Bildung und Information bemüht, der kommunistischen Agitation entgegenzuwirken. Die Bundesregierung unterstützt diese Bemühung im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Die von der SED und dem FDGB betriebene Agitation hatte im Bundesgebiet bisher keinen nennenswerten Erfolg.

Benda